https://www.epochtimes.de/gesellschaft/pflege-fuer-aufklaerung-bundesweite-aktion-macht-mobil-gegen-impfpflicht-a3664878.html



Altenpflegerin hilft Seniorin mit Medikamenten. Symbolbild.Foto: iStock GesellschaftImpfpflicht

"Pflege für Aufklärung": Bundesweite Aktion macht mobil gegen Impfpflicht

Von <u>Susanne Ausic</u>14. Dezember 2021 Aktualisiert: 14. Dezember 2021 12:16 Facebook Twittern Telegram Email 12 Kommentare

Der ohnehin bestehende Personalmangel unter Fachkräften könnte das Gesundheitswesen schon bald noch härter treffen. Denn viele Mitarbeiter im medizinischen Bereich setzen sich gegen die kommende Impfpflicht zu Wehr. "Pflege für Aufklärung" bietet ihnen eine Plattform, ihre Stimme zu erheben.

Am 10. Dezember haben 571 Bundestagsabgeordnete für die Änderung des Infektionsschutzgesetzes gestimmt. Diese sieht eine Impfpflicht für Personal in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen ab dem 15. März 2022 vor. Verdi warnt vor einer Kündigungswelle. "Die Impfpflicht birgt Sprengstoff", sagt indes die Stiftung Patientenschutz. Die "Pflege für Aufklärung" sieht das ähnlich.

Den beiden Initiatoren, Werner Möller und Christian Snurawa, liegen zahlreiche Ankündigungen von Pflegekräften vor, die ihren Job im Fall einer Impfpflicht an den Nagel hängen wollen. Im Rahmen der Aktion "Pflege zeigt Gesicht" wird diesen Stimmen nun eine Plattform geboten, damit die Bevölkerung Informationen aus erster Hand über die Situation der Pflegekräfte erfährt.

"Wir haben uns mittlerweile 18 Monate ungeimpft in den COVID-Zimmern bewegt", <u>äußerte</u> Werner Möller, Beatmungstherapeut und Mitbegründer der "<u>Pflege für Aufklärung"</u>, in einem auf YouTube erschienenen Gespräch mit seinem Kollegen Snurawa und dem Arzt Dr. Ronald Weikl vom Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (MWGFD), noch bevor die Impfpflicht beschlossen wurde.

Bislang habe niemanden interessiert, ob die Pflegekräfte unterbesetzt oder nicht gewesen seien. Viele Kollegen seien sogar trotz positiven PCR-Tests zur Arbeit genötigt worden, so Möller. Jetzt komme die Impfpflicht. Wieder einmal würden die Pflegekräfte für eine politische Agenda instrumentalisiert werden. Dabei leide die Pflege schon seit Einführung der Fallpauschalen unter den Missständen der Gesundheitspolitik.

Möller bezeichnet es als eine Lüge, dass nur Ungeimpfte auf den Intensivstationen behandelt würden. Das weiß er aus eigener Erfahrung und aus Berichten von Kollegen. Genauso falsch sei es, dass die ungeimpften Pfleger ein "Einfallstor" für Corona-Infektionen seien. Denn gerade im Pflegebereich achte man akribisch darauf, Ansteckungen zu vermeiden.

Wenn medizinisches Personal sich nicht impfen lassen will, gibt es laut Möller dafür gute Gründe. Denn als Pflegekräfte an vorderster Front habe man einen Einblick in die aktuelle Situation auf den Intensivstationen, wo geimpfte Patienten wegen COVID behandelt werden oder mit Impfnebenwirkungen kämpfen. In Bezug auf die Impfpflicht sagte Möller: "Die Politik muss sich ganz genau überlegen, was sie da tut!"

Wenn nur zehn bis 20 Prozent der Pflege wegfallen, gebe es ein wirkliches Versorgungsproblem.

Aktion "Pflege zeigt Gesicht" gegen Spaltung

Der Beatmungstherapeut spricht davon, dass seit Jahren in der Altenpflege noch katastrophalere Zustände als in den Kliniken auftreten.

Inzwischen gebe es Meldungen von Pflegekräften aus unterschiedlichsten Bereichen, die "übelste Nebenwirkungen" haben und sich krankschreiben lassen mussten, schilderte der Pfleger Christian Snurawa. Hinzu kämen Ängste von Leuten, die bereits heftig auf Grippeimpfungen reagieren und daher eine COVID-Impfung scheuen. Inzwischen gebe es auch viele geimpfte Menschen, die die staatliche Impfpropaganda hinterfragen.

Bei der Aktion von "Pflege für Aufklärung" geht es den Organisatoren darum, die Spaltung zwischen geimpft und ungeimpft zu überwinden. Unterstützt wird die Aktion von der Organisation <u>MWGFD um Professor Sucharit Bhakdi</u>. "Alle Menschen, insbesondere die Politiker, sollen sich mal Gedanken machen, was passiert, wenn diese Schwestern und Pfleger, die sich zusammentun, plötzlich sagen: "Wir können nicht mehr arbeiten", gibt der Arzt und MWGFD-Vorstand Dr. Ronald Weikl zu bedenken.

30 Statements aus der Pflege

Über 30 Statements aus dem Gesundheitswesen wurden mittlerweile auf dem Portal "pflegezeigtgesicht" hochgeladen. Sie alle eint die Angst um ihre Patienten und ihre persönliche Zukunft, wenn sie ihrem Beruf aufgrund einer Impfpflicht den Rücken kehren müssen.

Die Krankenpflegerin Annalena ist eine von ihnen. Sie hat 2010 ihr Examen gemacht und ist seitdem "mit Herz, Leib und Seele" in der Pflege. Mehrere Jahre schon arbeitet sie auf der Intensivstation, seit zwei Jahren hat sie auch mit Corona-Patienten zu tun. Sie begründet ihre Entscheidung, sich nicht impfen lassen zu wollen, mit folgenden Worten:

"Ich hatte Corona schon. [...] und ich werde die Pharmaindustrie mit ihrem Vorhaben, auf Kosten anderer Menschen nur zu verdienen, nicht unterstützen", sagt Annalena. Den Pharma-Unternehmen sei egal, was aus den Leuten werde, kritisiert die Krankenpflegerin. Bevor sie sich impfen lasse, würde sie ihre Arbeit niederlegen.

Eine Bereichsleiterin aus der Akutpsychiatrie, die seit 1987 examinierte Krankenschwester ist, schilderte folgende Situation: "Unsere Akutstation quillt über. Wir wissen nicht mehr, wo wir die Leute unterbringen sollen." Viele Leute würden nicht mehr kompensieren, was auf sie zukomme und was Corona mit ihnen mache – von der Suizidrate, ganz abgesehen.

"Wir arbeiten am Anschlag. Wir wissen schon gar nicht mehr, wo wir das Personal noch hernehmen sollen", erklärt die Pflegerin. Es erschüttere sie, Pflegekräfte impfen zu wollen, "wo man genau weiß, dass keine da sind". Damit riskiere man, dass noch mehr Pfleger ihren Beruf an den Nagel hängen.

Die Krankenpflegerin Heike berichtet, dass unter ihren COVID-Patienten doppelt Geimpfte und inzwischen auch Patienten mit einer Drittimpfung, der sogenannten "Booster-Impfung", sind. Hierneben gebe es Patienten, die nach Impfungen schwere Komplikationen erlitten hätten oder gestorben seien.

"Und genau diese Patienten haben keine Stimme", kritisiert die Pflegerin. "Keiner spricht darüber, wie vielen Leuten es nach einer Impfung sehr schlecht gegangen ist." Heike zeigte sich besorgt, dass es den Pflegekräften nun abgesprochen wird, für ihre eigene Gesundheit zu sorgen. Wenn die Impfpflicht kommt, sieht sie "für ihre Zukunft als Krankenschwester erst mal schwarz".

Sicherheitsbericht nur noch alle zwei Monate

Laut dem letzten <u>Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) vom 26. Oktober 2021</u> wurden bis September 2021 insgesamt 172.188 gemeldete Verdachtsfälle von Nebenwirkungen oder Impfkomplikationen im zeitlichen Zusammenhang mit einer COVID-Impfung gemeldet. Bis zu diesem Zeitpunkt waren über 100 Millionen Impfdosen verabreicht worden, die meisten von Comirnaty (BioNTech/Pfizer). Wissenschaftler gehen von einer sehr viel höheren Dunkelziffer von Folgeschäden und Todesfällen nach Impfungen aus. 1.809 der gemeldeten Verdachtsmeldungen bezogen sich auf Kinder und Jugendliche, von denen fünf (Stand September 2021) nach einer Impfung starben.

Der PEI-Sicherheitsbericht, der bislang monatlich erschien, soll in Zukunft nur noch alle zwei Monate veröffentlicht werden. Das PEI begründete dies damit, dass im September vergleichsweise wenige Impfdosen verabreicht wurden und "die Zahl der Meldungen über den Verdacht einer Nebenwirkung kontinuierlich abnimmt". Bei "relevanten Erkenntnissen" wolle das PEI diese jedoch zeitnahe auf seiner Website veröffentlichen. Nach derzeitigem Informationsstand ist mit dem nächsten Sicherheitsbericht Ende Dezember zu rechnen.